

der Stadtfeindlichkeit des Bauern auch in das Dorf und versuchten durch zwei Revolutionen die Staatsgewalt zu übernehmen. Es gelang ihnen nicht. Durch die mit großer Mehrheit angenommenen Sobranjebeschlüsse wurde 1924 die Partei aufgelöst.

IV. Die in Ostrumelien bestehenden beiden Parteien³⁰⁾ sind von geringer Bedeutung. Sie beruhen in ihrem Entstehungsgrunde auf der Geschichte Ostrumeliens. Die „Konstitutionalisten“ verlangten allmähliche, die „Kasionen“ sofortige Vereinigung mit dem Fürstentum Bulgarien. Nach der erfolgreichen Vereinigung gingen die ersteren in den Konservativen, die letzteren in den Liberalen auf. Eine speziell ostrumelische Partei, wie etwa in Deutschland die bayerische Volkspartei, gibt es nicht.

V. Alle aufgezählten Parteien haben natürlich, ihren Grundideen entsprechend, eine programmatische Fundierung. Aber ein näheres Eingehen auf die Parteiprogramme hat keinen Zweck. Sie sind nie fest gewesen und immer beweglich, entsprechend der Stellung der Partei als Regierungs- oder Oppositionspartei.

Die Stellung der Parteien zur heutigen Verfassung ist wiederum verschieden. Die rechtsstehenden Parteien von den Konservativen bis zu den Demokraten sind für die Verfassung und für die Regierungsform der Monarchie. Die bürgerlichen Radikalen und die Bauernpartei haben sich dazu nicht klar ausgesprochen.

Die innere Organisation aller bulgarischen Parteien ist eine durchaus demokratische insofern, als die Mitgliederversammlung höchste Instanz ist und dem einzelnen freie Laufbahn gewährleistet ist. Die Grundlagen der Parteien, die Ortsvereine (Gruppa; Druschba, Druschina usw.) von Dorf und Stadt schließen sich in Bezirksvereinen, diese wiederum in Kreisverbänden zusammen. An der Spitze jeder Partei steht das Zentralbüro in Sofia, das vom Parteitag für 1—3 Jahre gewählt wird, früher mit einem Parteichef an der Spitze, heute ohne einen solchen. An die Stelle des Chefs ist ein Parteisekretariat von 3—5 Personen getreten. Der Eintritt in die Partei ist jedem gestattet³¹⁾ und Mitarbeit aus eigener Initiative infolge der demokratischen Organisation jedem gesichert. Jedes Parteimitglied kann auf diese Weise, insoweit es tüchtig ist, sehr bald zum Zentralbüro oder noch leichter zum Abgeordneten aufsteigen.

Überhaupt ist die Stellung der Parteien zum Beamtentum der den Vereinigten Staaten von Nordamerika entsprechend verwandt. Beim Wechsel der Regierungspartei wechseln auch die Beamten, besonders in dem Innen-, Außen- und Finanzministerium. Auf diese Weise ist

³⁰⁾ Vgl. weiter oben S. 19.

³¹⁾ Ähnlich wie in England, vgl. hierüber A. L. Lowell, a. a. O. S. 454 ff.